Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

21.12.1876 (No. 303)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 21. Dezember.

№ 303. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. **1876.**

Auf das mit dem 1. Januar beginnende erste Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsasses und der Schweiz, die Expedition sowie die betreffenden HH. Agenten fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, die Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf., in Karlsruhe 3 Mark 50 Pf. Insertionsgebühr 18 Pfennig die gespaltene Petitzeile.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† **Berlin**, 19. Dez. Die bulgarischen Abgesandten Zankoff und Balabanoff wurden vor ihrer gestern Abend erfolgten Abreise nach St. Petersburg vom Fürsten Bismarck empfangen. Sie theilten der „Nationalzeitung" brieflich mit, sie seien von der Unterredung mit Bismarck entzückt und überzeugt, daß Deutschland ihrer Sache günstig.

† **Wien**, 19. Dez. Abgeordnetenhaus. Der Budgetausschuß nahm die Resolution an, die Regierung neuerlich aufzufordern, einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des kleinen Lottos einzubringen, so daß mit dem Zeitpunkte der vollständigen Durchführung der Reform der direkten Steuern die Zahlenlotterie ganz aufzuhören habe. Ferner wurde im Abgeordnetenhause eine Interpellation über den Stand der handelspolitischen Verhandlungen mit Rußland und die Einfuhr österreichischer Erzeugnisse nach Rußland eingebracht. — Graf Andrassy ist von Ofen hierher zurückgekehrt.

† **Pesth**, 19. Dez. Der Ministerpräsident v. Tisza beantwortet in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Interpellation betreffs der Zustände Dalmatiens dahin, daß Dalmatien gegenwärtig thatsächlich zu Oesterreich gehöre und Ungarn sich in die innere Verwaltung Oesterreichs nicht einmengen könne, er könne sich rücksichtlich der Untersuchung des amtlichen Vorgehens solcher österreichischer Regierungsorgane, deren Wirksamkeit auf die Entwickelung der orientalischen Ereignisse von Einfluß ist, um so weniger berufen fühlen, als er zur Politik und Energie Andrassy's volles Vertrauen habe. Das Haus nimmt diese Antwort zur Kenntniß.

† **Washington**, 19. Dez. Eine aus beiden Häusern des Kongresses gebildete Kommission ist beauftragt, einen Gesetzentwurf vorzubereiten betr. die Regelung der Zählung der Wahlstimmen bei der Wahl des Bundespräsidenten.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Dez. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben heute u. A. die nachbenannten Herren des Militär- und Civilstandes empfangen: Den Oberstlieutenant von Dresky, Commandeur des 2. Westphälischen Infanterie-Regiments Nr. 15; den Major Unger vom 2. Badischen Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm Nr. 110; den Secondelieutenant der Reserve Fischer vom 1. Bad. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14; ferner: den Notar Edler von Ettlingen; den Kanzleisekretär Metz von Karlsruhe; den Hilfsarzt Roller von Achern; den Sekretär Hübsch von Karlsruhe; den Kaufmann Leipheimer und den Kaufmann Mende von Karlsruhe; den Kreisgerichts-Rath Dr. Hauser von hier; den Kammerherr Freiherr von Berckheim von Weinheim, und den Pfarrer Fuchs von Liel.

Die Audienz währte bis nach 4 Uhr Nachmittags.

Heute Nachmittag sind J. Königl. Hoheiten der Graf und die Gräfin Trani zum Besuch der Großherzoglichen Familie von Baden hier eingetroffen und kehrten am Abend dorthin zurück.

☿ **Berlin**, 18. Dez. Pariser Blätter entnehmen aus englischen die Mittheilung, daß in der Reichstags-Kommission für die Retorsionsbill eine gouvernementale Erklärung über die Stellung Deutschlands gegenüber Frankreich in der Zollfrage abgegeben wurde, die dazu bestimmt war, eine Pression auf die Entschließungen der Kommission zu üben. Der Vertreter der Regierung habe zwar die Mittheilung als eine vertrauliche bezeichnet, aber Seitens der Opposition wurde diese Zumuthung abgelehnt und darauf hingewiesen, daß bei der Plenarberathung auf die sogenannten geheimen Eröffnungen der Regierung zurückgegriffen werden soll. Selbstverständlich ist man in Frankreich gespannt, welchen Charakter diese Eröffnungen tragen. Die dortigen Chauvinisten antizipiren bereits, daß Deutschland die Isolirung Frankreichs in der Orient-Frage unter allen Umständen durchsetzen wolle. Als Hebel werden die wirthschaftlichen Interessen auch benutzt, wie soeben die Welt-Ausstellungs- und die Zoll-Frage beweisen. Die Argumente sind allerdings bei den Haaren herbeigezogen. Die Franzosen vergessen, daß es sich im deutschen Parlamente betreffs des Gesetzes über die Erhebung von Ausgleichsabgaben um einen Kampf zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern handelt, und daß die Ersteren, welche bekanntlich die Mehrheit des Hauses bilden, nicht die Regierungsvorlage annehmen werden. Deßhalb ist auch erklärlich, daß nach Schluß der Samstags-Sitzung, die nach 11 Uhr Nachts erst ihr Ende erreichte, die schutzzöllnerischen Mitglieder der Kommission unter der Führung des Abg. Stumm mit den Regierungskommissären noch eine geraume Zeit konferirten.

Bekanntlich ist im Reichstag vom Abg. Marquardsen eine freie Kommission berufen worden, um eine Aenderung der religiösen Eidesformel für die dritte Lesung der Justizgesetze zu vereinbaren. Dies ist auch geschehen und die neue Fassung an entscheidendem Orte vorgelegt worden. Der Versuch eines Kompromisses ist indessen mißlungen, weil die vorgeschlagene Form des Eides als eine unkirchliche und unzweckmäßige betrachtet wurde. So werden sich die Freunde der Eidesreform auf den Antrag des Abg. Baumgarten zurückziehen, obgleich derselbe ein orthodoxer Geistlicher der evangelischen Kirche ist. — Heute zirkulirte im Reichstag das noch unverbürgte Gerücht, daß jene 4 Mitglieder der national-liberalen Fraktion, welche gegen den Kompromiß gestimmt haben, ihren Austritt aus der Fraktion erklären wollen. — Gutem Vernehmen nach wird sofort nach dem Schlusse der Session der Wahlaufruf der Fortschrittspartei erscheinen. — In Frankfurt a. M. wird sich diesmal der Wahlkampf sehr lebhaft gestalten; die Nationalliberalen stellen den Abg. Dr. Lasker, die Fortschrittspartei den früheren Abg. Dr. Ebner und die Demokraten den bisherigen Vertreter, Abg. Sonnemann, auf. Der Abg. Hilf ist gestern im 4. nassauischen Wahlkreise (Limburg) von einer zahlreichen Versammlung zur Wiederwahl empfohlen und auch im 3. dortigen Wahlkreise als Gegenkandidat der Ultramontanen aufgestellt worden. Großes Aufsehen hat es hier erregt, daß bei den württembergischen Landtags-Wahlen der Kandidat der Socialdemokraten in Stuttgart, der durch seine schriftstellerische Thätigkeit vielbekannte Dr. Dulk, so viele Stimmen erhalten hat, daß er mit seinem nationalliberalen Rivalen in die engere Wahl kommt. Er wird freilich in derselben unterliegen, aber das Ganze beweist doch, daß die Socialdemokratie wenigstens keine Rückschritte gemacht hat.

Die Theilnahme an dem gestrigen Abschiedsessen des Reichstages, das mit der parlamentarischen Weinprobe verbunden war, war über Erwarten groß. Man bewegte sich ungemein zwanglos; der einzige offizielle Toast, der ausgebracht wurde, galt, wie sich von selbst versteht, dem Kaiser. Der intime Verkehr zwischen den verschiedenen Fraktionen ließ die erbitterten Kämpfe nicht ahnen, die auf dem parlamentarischen Boden ihrer noch warteten. Ueber die Weine wagen wir hier nicht zu urtheilen; dem Freunde eines leichten Tischweins klang die Mittheilung unangenehm, daß wegen Beschädigung zweier Moseldampfer die erwartete Sendung Moselwein unterwegs stecken geblieben. Von einzelnen Proben galt übrigens in Wahrheit, was der Abgeordnete v. Unruhe-Bomst seinem „eigenen Gewächs" im Scherze hatte vordrucken lassen: „Wer ihn getrunken, geht in sein Kämmerlein und weinet bitterlich." Die Socialdemokraten sind von der Furcht gegen die Säuerlinge so sehr beherrscht worden, daß sie die Einladungen des Komite's zur parlamentarischen Weinprobe mit einem Briefe beantworteten, in welchem sie sagten, daß ihnen ihre „gesellschaftlichen Gewohnheiten" verbieten, an der Weinprobe Theil zu nehmen, und daß sie ersuchen, den Wein an die Diener des Hauses zu vertheilen.

Einiges Aufsehen haben in hiesigen diplomatischen Kreisen die Mittheilungen über russisch-österreichische Separatverhandlungen betreffs der Okkupations- und Garantie-Frage gemacht. Was an Details darüber verlautet, gleicht beinahe einem Theilungsplane der Türkei, an dem Griechenland indirekt und Rumänien direkt zu partizipiren hätten. Daß auch Italien zur Besetzung von Thessalien und Epirus aufgefordert und England sich in der Hauptstadt des Osmanenreiches festsetzen soll, wird nur als ein nebenherlaufender Versicherungsakt bezeichnet. Oesterreich würde nach dem alten Plane Bosnien und die Herzegowina, Rußland und Rumänien die Bulgarei okkupiren. Griechenland würde vorläufig im Hintergrunde stehen bleiben, aber beim Dekorationswechsel an die Stelle Italiens treten. Während also Rußland in der Konferenz von der Sonder-Okkupation Bulgariens zurücktritt, vereinigt es sich im Geheimen mit Oesterreich, um die Garantie-Frage mit der gemeinsamen Besetzung der Balkanländer zu lösen. England und die kleineren Mächte werden hinzugezogen, um diese schließlich im Besitze der europäischen Türkei zu lassen. Das Projekt, dessen Verwirklichung, beiläufig gesagt, die Gefahr eines europäischen Krieges sehr nahe rücken würde, klingt denn doch zu unwahrscheinlich, als daß angenommen werden könnte, daß man an maßgebender Stelle sich ernstlich damit beschäftige.

Berlin, 19. Dez. Der „Köln. Ztg." wird von hier tele-

Ein Plagiar.

Von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung aus Nr. 302.)

Arvila nickte leise vor sich hin mit dem Kopf. „Ich werde bei Dolores auch einen harten Stand bekommen," sagte er, „obgleich das Mädchen sonst charakterfest genug ist; aber den Frauen können wir es nicht verheimlichen. Wäre uns nicht der unselige Fall neulich vorgekommen, und der Plagiar*) ermordet worden, dann würden sie sich weit weniger über das Unglück ängstigen, und Vernunftgründe helfen da im Leben nichts — es muß eben austoben."

Guitierrez war wieder ein paar mal rasch und angstvoll in dem Gemache auf- und abgegangen. „Und was sagte der Polizeidirektor?" frug er endlich, „hatte er Hoffnung?"

Arvila zuckte mit den Achseln. — „Sie wissen, Guitierrez, wie vorsichtig unsere Polizei stets zu Werke geht. Er wird „unter der Hand" allerdings sein Möglichstes versuchen, und ich bin überzeugt, daß er seine ganze Mannschaft in Bewegung setzt, aber daß er etwas ausrichtet, bezweifle ich, denn wir haben schon zu viele Beispiele gehabt, wie völlig resultatlos alle diese polizeilichen Versuche bleiben."

„Oh, hätten Sie ihm nur nichts gemeldet!" klagte Guitierrez, „hätten Sie ihm nur nichts gemeldet. — Er wird Alles verderben und mein Sohn ist verloren."

„Wir mußten der Polizei die Anzeige machen," sagte Arvila ruhig, „denn hundert Augen sehen mehr als zwei, und manche herumlungernden Strolche sind den Beamten auch bekannt. Sodann, indem sie ein wachsames Auge auf solche halten, kommen sie ihnen vielleicht auf die Spur."

„Und wenn sie nichts finden?" trug Guitierrez angstvoll.

„Muth, compannero, Muth!" erwiderte Arvila freundlich; „dann haben wir immer noch das Geld, um Juan aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. In drei Tagen geht ein Kurier bequem nach Veracruz hinab, ein Tag dort und drei wieder zurück, das sind erst sieben. Die Herren haben uns acht Tage Frist gegeben und nicht einmal einen Ort genannt, wohin wir ihnen vorher Antwort zukommen lassen könnten — also Vertrauen gegen Vertrauen. Den heutigen Tag aber haben wir noch zum Ueberlegen, und wir wollen ihn benutzen."

„Und wenn wir dann die Frist versäumen? wenn der Bote zu spät käme und mein armer Sohn —"

„Wir brauchen den heutigen Tag, um alle Vorbereitungen zu treffen," erwiderte ruhig Arvila. „Morgen mit dem Frühzuge geht der Bote nach Apizaco, und von da direkt über Tlascala nach Veracruz, wozu er nicht einmal drei Tage gebraucht, sondern mit guten Thieren den Weg vielleicht in zwei Tagen zurücklegt. Aengstigen Sie sich nicht; es soll nichts versäumt werden, um, im ungünstigsten Fall, die Wechsel bestimmt zur rechten Zeit in Händen zu haben. Jetzt aber steht uns das Schlimmste bevor — nämlich unsere Familien auf die böse Nachricht vorzubereiten. Ueberlassen Sie dabei das Geschäftliche mir und kehren Sie ohne weiteres nach Tacubay zurück, denn je eher die Frauen dieser Ungewißheit entrissen werden, desto besser."

„Wenn das nur erst überstanden wäre!" stöhnte Guitierrez.

„Es wird überstanden werden," tröstete ihn Arvila, „haben Sie nur selber gute Hoffnung, dann sind Sie auch im Stande, die Ihrigen zu überzeugen; und nun adios, compannero. Ich werde indessen hier die Augen offen halten."

Sechstes Kapitel.

Gefangen.

Don Jose mochte sich davor gefürchtet haben, seiner Frau und besonders seiner Tochter die böse Kunde zu bringen, daß ihr Bräutigam dem Plagiar-System zum Opfer gefallen sei, denn schon der Name verbreitete Schrecken in der Stadt sowohl als im Land, aber er fand die Sache viel leichter, als er sie sich wohl vorher gedacht. So sehr auch seine Frau erschrack und einer Ohnmacht nahe kam, so ruhig blieb Dolores bei der doch immer bösen Kunde.

Im ersten Augenblick, ja, fuhr sie erschreckt empor, und faßte krampfhaft ihr Herz — der Schlag hatte sie zu plötzlich getroffen; aber rasch, viel rascher als die Mutter, richtete sie sich auch wieder empor und sagte, des Vaters Arm ergreifend:

„Vater! lebt er noch?"

„Aber, Kind," rief Don Jose erschreckt, „was für ein Gedanke? Weßhalb soll er nicht leben? Die Herren wollen Geld aus uns herauspressen und — werden das auch wahrscheinlich — aber sein Leben ist deßhalb nicht gefährdet."

„Dann ist Alles gut," sagte Dolores leise, während ein schwerer Seufzer ihre Brust hob, als ob damit jede Sorge von ihr genommen wäre, und jetzt mußte ihr der Vater Alles, was er über die Sache wußte, mit einfachen klaren Worten erzählen. Er durfte nichts auslassen oder bemänteln — sie wollte eben Alles und Alles genau wissen.

Sennor Arvila war das selber eine Beruhigung, denn er konnte sein Herz jetzt ganz den Seinen ausschütten und sich mit ihnen über das besprechen, was er selber für das Beste und Nothwendigste hielt. Sehr zu seinem Erstaunen billigte aber Dolores vollkommen, daß er die Polizei von dem Vorgefallenen in Kenntniß gesetzt, und theilte die von Guitierrez ausgesprochenen Besorgnisse gar nicht. Im äußersten Falle mußte allerdings das Lösegeld, wie sie ruhig äußerte, bezahlt werden, aber es war auch noch möglich, die eigentlichen Verbrecher in Haft zu bekommen und zur Rechenschaft zu ziehen, ohne daß dadurch Juan's Leben gefährdet würde. (Fortsetzung folgt.)

*) Plagiat nannten und nennen die Mexikaner das, eigentlich italienische Raubsystem, Gefangene erst gegen Lösegeld wieder auszuliefern, was noch vor dem Jahre 1865 und 1866 vollkommen unbekannt in Mexiko war. Seit der Zeit erst ist es dort eingerissen und hat schon viele Opfer gefordert. Woher der eigentliche, gar nicht spanische Name Plagiar stammt, konnte mir Niemand sagen. Einige meinten, vielleicht habe der erste also geraubte Mensch Plagio oder ähnlich geheißen; Andere meinten, daß es von dem Wort plaga (Plage) abgeleitet werden müsse, was aber zu gesucht wäre. Das Opfer wurde Plagiar genannt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

graphirt: Die Einigung der Konferenzmächte wird keineswegs bezweifelt bezüglich des internationalen Protokolls, wahrscheinlich wird sie auch erzielt über eine europäische Aufsichtsbehörde in irgend einer Form. Als sicher gilt sie wegen der Ernennung christlicher Gouverneure, über deren Amtsdauer die Ansichten noch auseinander gehen.

Berlin, 18. Dez. (Köln. Ztg.) Ueber die Arbeiten der Kommission für das Zollausgleichungs-Gesetz verlautet von bestinformirter Seite Folgendes: Die Kommission hat bisher an jedem Tage Sitzung gehalten und an einem, dem Samstag, deren sogar zwei, nämlich eine Morgens vor dem Plenum und eine Abends nach demselben. Wer ihr den Vorwurf der Verzögerung macht, hat durchaus Unrecht. Mit Recht hat der Abg. Braun in der letzten Sitzung hervorgehoben, daß die preußische Regierung sechs Wochen, das Reichskanzler-Amt drei Wochen, der Bundesrath zwei Wochen gebraucht hatte, um sich über diese Frage schlüssig zu machen, und daß es daher sehr seltsam sei, der Kommission, welche der Reichstag beauftragt habe, den Gegenstand gründlich zu prüfen, zumuthen zu wollen, daß sie in drei Tagen fertig werde. Die Verhandlungen umfassen, wie dies die Weite der Vollmacht, welche die Bundesregierung und der Bundesrath für sich in Anspruch nimmt, der Natur der Sache nach mit sich bringt, das ganze Gebiet der Handelspolitik, nicht nur der Handelspolitik Deutschlands, sondern auch der aller übrigen Staaten, mit welchen wir in Vertragsverhältnissen und im Handelsverkehr stehen. Die Regierungen werden vertreten durch den Minister Hofmann und durch den Geheimrath Huber, die preuß. Geheimräthe Hasselbach und Stüre (Hannover). Die Regierungen scheinen auf Beibehaltung des Zuckers in dem Gesetzentwurf nicht zu bestehen. Sie geben zu, daß, so sehr auch auf diesem Gebiete die Beschwerden gegen Frankreich begründet seien, doch im Augenblick die Frage nicht dringlich sei; dagegen bestehen sie desto nachdrücklicher auf dem Essen. Sie würden sich vielleicht auch mit einer beschränkteren Vollmacht begnügen oder etwa mit einer Resolution, welche ihnen in den Verhandlungen mit dem Auslande eine Stütze gewährt. Die Freihandelspartei ist durch die Abgg. Braun, Weigel, Bamberger, Eugen Richter, Gerwig, Flügge vertreten, die Schutzzöllner durch Stumm, Thilenius, Buhl, v. Kardorff u. s. w. Daneben stehen als dritte Gruppe die Klerikalen, welche den Zoll auf kurze Zeit beibehalten, aber der Regierung keine Vollmacht geben wollen, weil dies als ein Vertrauensvotum betrachtet werden könnte, das sie unter allen Umständen dieser Regierung verweigern. Klerikale und Schutzzöllner haben zusammen in der Kommission die Mehrheit, wenngleich nur mit einer einzigen Stimme; beide, Schutzzöllner und Klerikale, sind gestern Nachmittag zu einer vertraulichen Besprechung, unter Zuziehung der Regierungskommissäre, zusammengetreten, haben sich bis jetzt jedoch nicht einigen können, da sie durch die Vertrauensfrage getrennt sind. Heute Abend wird, trotzdem der ganze Tag durch die Plenarsitzung über die Justizgesetze in Anspruch genommen ist, die Kommission abermals Sitzung halten. — Die dritte Berathung der Justizgesetze im Reichstage soll morgen und Mittwoch, an letzterem Tage in zwei Sitzungen, zu Ende geführt und die Session, wie man hofft, am Donnerstag geschlossen werden. — Der Dichter Victor Scheffel hat zu dem Festmahl des Reichstages, zu welchem er geladen war, die Jubelausgabe des Trompeters von Säckingen und seines Gaudeamus gesandt. Die Bücher werden der Reichstags-Bibliothek einverleibt.

A. **Berlin**, 19. Dez. (Reichstag. 34. Sitzung.)

Präsident v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen. Am Tische der Bundeskommissäre: Dr. Leonhardt, Dr. v. Fäustle, Abeken, v. Mittnacht, v. Amsberg u. A. m. — Die Plätze im Hause, ebenso auch die Tribüne sehr zahlreich besetzt. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung, die Spezialdiskussion in der dritten Berathung des Gesetzes über die Gerichtsverfassung.

Der § 9 verursacht die erste Diskussion. Derselbe lautet: „Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegelder oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden." — Hierzu beantragt Abg. Reichensperger (Crefeld): „Remunerationen oder Gratifikationen können demselben nur als Unterstützung in Krankheits- oder sonstigen Nothfällen gewährt werden." Der Antragsteller bemerkt, daß der Kompromiß eine vollendete Thatsache sei und seine Geschichte haben werde. Er liebe es nicht, Wasser in den Rhein oder auch nur in die Spree zu tragen, er wäre also vielleicht nicht abgeneigt gewesen, seinen Antrag zurückzuziehen, wenn er nicht glaube, daß derselbe über das Thema hinausgehe und sonst noch gute Früchte tragen werde. Dem Einwand, welchen der preußische Justizminister ihnen früher entgegengehalten, daß derartige Remunerationen nothwendig seien, um Ersparnisse zu machen, stehe für Preußen eine Kabinetsordre vom 18. März 1824 entgegen, welche bestimmt, daß solche Ersparnisse nicht gemacht, Remunerationen vielmehr nur ausnahmsweise durch Seine Majestät selbst gewährt werden sollen. Der Gegenstand scheine ihm wichtig genug, um zu hoffen, daß wenn sich auch heute noch keine Majorität für seinen Antrag finden sollte, dies doch in Zukunft der Fall sein werde.

Justizminister Dr. Leonhardt hat formelle Bedenken gegen den Antrag, könne sich aber weiterer Bemerkungen dazu enthalten, da alle Fragen von Bedeutung in zweiter Lesung des Gesetzes schon genügend erörtert seien. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Reichensperger abgelehnt. — § 15 bestimmt, daß die Privatgerichtsbarkeit aufgehoben sein soll. Hierzu nimmt Abg. Dr. Windthorst Veranlassung, um auf die bereits früher erhobenen Klagen über die Beseitigung der standesherrlichen Gerichtsbarkeit und auf die Petitionen der ehemaligen reichsunmittelbaren Standesherren hinzuweisen. Er empfiehlt deßhalb nochmals die Streichung dieses Paragraphen. — Der § 15 wird angenommen.

Titel IV handelt von den Schöffengerichten. Hierzu haben die socialdemokratischen Mitglieder des Hauses eine Reihe von Anträgen gestellt, welche Bewilligung von Diäten für die Schöffen und eine Abänderung der Bestimmungen über die Befähigung zum Schöffenamt ꝛc. bezwecken.

Abg. Hasenclever erklärt im Auftrag seiner Parteigenossen, daß sie sämmtliche von ihnen gestellte Anträge, da sie mit Rücksicht auf den Kompromißantrag doch aussichtlos seien, zurückziehen. Seine Partei werde ferner, nachdem der Kompromiß seine erste Wirkung geäußert haben werde, sich nicht weiter an der Abstimmung betheiligen, vielmehr den Saal sofort verlassen. (Beifall und Zischen.)

Präsident v. Forckenbeck bemerkt hierauf, daß er nach dieser Erklärung die Herren bei der Debatte nicht weiter zum Wort aufrufen werde.

Der § 51 handelt von der Vereidigung der Schöffen. Hierzu beantragt Abg. Dr. Baumgarten: Nach den Worten: „Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben" folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Wenn ein Schöffe vor dem Richter erklärt, daß er die Worte: „so wahr mir Gott helfe" gewissenshalber nicht als seine eigenen sprechen könne, so ist derselbe befugt, den Eid zu leisten mit den Worten: „ich schwöre es".

Abg. Dr. Baumgarten weist darauf hin, daß der § 51 den Zwang des Bekenntnisses, der durch das Civilstands-Gesetz aufgehoben worden sei, durch die vorgeschriebene Formel wieder einführe. Das sei nicht zu rechtfertigen. Abg. Windthorst habe in zweiter Lesung die Bibelstelle angeführt „Nur die Thoren glauben an keinen Gott", so möchte er ihm über die Richtigkeit dieser Ansicht ein Colloquium anbieten. Namentlich aus dem Zentrum heraus habe man sich vielfach über den Gewissenszwang beklagt. Hier biete sich nun eine Abhilfe, diesen Gewissenszwang zu beseitigen, die Zentrumsfraktion möge deßhalb seinen Antrag unterstützen. Er rufe ihnen zu: Folgen Sie nicht dem Führer, der vor Ihnen sitzt, sondern dem höheren unsichtbaren Führer in Ihrem Gewissen.

Bundeskommissär Justizminister Dr. Leonhardt kann dem Hause nur auf das dringendste empfehlen, den Antrag Baumgarten abzulehnen.

Abg. Prinz Radziwill (Beuthen): In dieser Frage berühren sich die beiden großen Gegensätze: die individuelle Freiheit und die Grundsätze, welche innerhalb des Staates anerkannt sind. Er halte den Antrag Baumgarten für durchaus gegenstandlos, denn er glaube nicht, daß es Menschen geben könne, welche sagen könnten: Es gibt keinen Gott und ich bin mir selbst Autorität genug.

Abg. Hoffmann: Als der Abg. Herz seinen Antrag auf Beseitigung der Eidesformel gestellt und in diesem Hause vertheidigt hatte, da machte man ihm den Vorwurf der Nichtachtung der Religion und der Konfessionen, obgleich dieser Vorwurf durchaus nicht berechtigt war. Eine solche Negation habe auch jedem der Unterzeichneten fern gelegen, der Antrag sei vielmehr aus der Erwägung der Nothwendigkeit der Gewissensfreiheit und der Achtung vor jedem religiösen Bekenntnisse hervorgegangen und aus diesem Grunde sei auch dieser Antrag gestellt, den er anzunehmen bitte. — Der Antrag wird hierauf mit allen gegen die Stimmen der Fortschrittspartei abgelehnt.

Bei § 69 gelangt der erste der Anträge Miquel u. Gen. (Kompromißanträge) zur Berathung. Die Abg. Miquel u. Gen. beantragen den § 69 zu fassen: „Soweit die Vertretung eines Mitgliedes nicht durch ein Mitglied desselben Gerichts möglich ist, erfolgt die Anordnung derselben auf den Antrag des Präsidenten durch die Bundes-Justizverwaltung. Die Beiordnung eines nicht ständigen Richters darf, wenn sie auf eine bestimmte Zeit erfolgte, vor Ablauf dieser Zeit, wenn sie auf unbestimmte Zeit erfolgte, so lange das Bedürfniß, durch welches sie veranlaßt wurde, fortdauert, nicht widerrufen werden. Ist mit der Vertretung eine Entschädigung verbunden, so ist diese für die ganze Dauer im Voraus festzustellen. Unberührt bleiben diejenigen landesgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen richterliche Geschäfte nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden können, sowie diejenigen, welche die Vertretung durch ständig angestellte Richter regeln.

Abg. Dr. Lasker befürwortet die Annahme dieses Antrages, der das wiedergibt, was die liberale Partei in dieser Frage stets angestrebt. Im Uebrigen habe dieser Paragraph nur eine untergeordnete prinzipielle Bedeutung.

Abg. Dr. Hänel: Die Bestimmung, vor welcher man stehe, sei die erste Abstimmung über die Kompromißanträge. Was aber der Antrag Miquel hier fordere, sei geradezu die Umwandlung von demjenigen, was man in der zweiten Lesung beschlossen. Man habe beschlossen, daß die Anordnung einer zeitweisen Stellvertretung nicht Sache der Justizverwaltung, sondern Sache des Gerichtes seien, und dies wolle der Antrag Miquel beseitigen. Man habe durch den Beschluß in zweiter Lesung bezwecken wollen, daß die Justizverwaltung nicht einseitig eine Stellvertretung anordne, sondern das Gericht selbst bestimme. Das System, welches man in zweiter Lesung beseitigen wolle, datire aus der Zeit der dunkelsten Reaktion der preußischen Justizverwaltung, welche der Abg. Gneist seiner Zeit so treffend geschildert, und dies System bäume sich jetzt auf gegen die Beschlüsse der zweiten Lesung. Einem solchen System aber könne er und seine Freunde auch nicht die geringste Konzession machen. (Bravo!) Er erwarte wenigstens, daß die Anhänger des Miquel'schen Antrages in demselben eine dahin gehende Aenderung vornehmen und zustimmen werden, daß der Antrag auf Ernennung eines Stellvertreters nicht von dem Präsidenten, sondern vom Präsidium bei der Landes-Justizverwaltung gestellt werden soll.

Abg. Dr. Lasker. Der Vorredner habe die Rede heut nachgeholt, welche er gestern habe halten wollen. (Widerspruch.) Durch die Unterschrift unter dem Antrag Miquel hätten sich die Unterzeichner desselben nicht die Hände gebunden, sondern sich das Recht vorbehalten, in jedem einzelnen Falle zu erwägen, ob sie demselben zustimmen können oder nicht. (Widerspruch.) Ja wenn Sie das nicht einsehen, dann kann ich nur mein Bedauern aussprechen. Die Gegner unserer Anträge bemühen sich, aus kleinen Dingen große Ereignisse aufzubauschen. Es handle sich hier um eine einfache Frage der Administration und nicht um eine große politische Frage. (Nein, Nein!) Mit Nein und Ja ist meiner Ansicht nach nicht widerlegt. (Heiterkeit.) Es ist thatsächlich nur eine Verwaltungsmaßregel, denn es setzt nur die Landes-Justizverwaltung in die Lage, einen Stellvertreter zu ernennen, sofern eben ein Bedürfniß hierzu vorliege. In die Zusammensetzung des Gerichts stehe ihm keine Einwirkung zu. Dies wolle der Antrag Miquel und das habe er und seine Partei stets angestrebt und darum habe man auch diesen Antrag gestellt. Dem Antrage des Abg. Hänel, an Stelle des Wortes „Präsident" das Wort „Präsidium" zu setzen, wolle er nicht widersprechen, da er in dem Prinzip nichts ändere, vielmehr eine, wenn auch unwesentliche Verbesserung enthalte, so werde er dem Antrage zustimmen. (Bravo!)

Justizminister Dr. Leonhardt erklärt sich gegen alle Anträge, welche die Absicht haben, die Beschlüsse der zweiten Lesung entgegen den Anträgen Miquel wieder herzustellen. Es sei unnöthig, hier über Dinge zu verhandeln, die in zweiter Lesung bereits abgethan seien, wenn man die Absicht habe, das Gesetz zu Stande zu bringen. Die ganzen Befürchtungen, denen Abg. Hänel Ausdruck gegeben, halte er für überflüssig, müsse dagegen konstatiren, daß Abg. Dr. Lasker stets im Sinne der vorgeschlagenen Fassung aufgetreten und gewirkt habe.

Präsident v. Forckenbeck theilt mit, daß der Antrag Hänel jetzt schriftlich eingereicht sei, an Stelle des Wortes „Präsident" im ersten Absatz des Antrags Miquel das Wort „Präsidium" zu setzen.

Abg. Dr. Windthorst hält diesen Gegenstand ebenfalls für einen ganz besonderen Kardinalpunkt in dem Gesetze. (Widerspruch.) Sie kennen ja gar keinen Kardinalpunkt. (Heiterkeit.) Daß der Justizminister seinen Compaciscenten in Schutz nimmt, sei ganz selbstverständlich. Es handle sich darum, die Einwirkung der Spitze der Landes-Justizverwaltung auf die Zusammensetzung der Gerichte unmöglich zu machen, und wer das erwäge, der werde zustimmen, daß diese Frage von großer Wichtigkeit ist. Was nun aber der Antrag Miquel fordere, ist geradezu eine Umkehr von den in zweiter Lesung gefaßten Beschlüssen des Hauses. Wenn Lasker sage, Alles, was zu erreichen sei, werde durch diesen Kompromiß erreicht, so sage er wieder, Alles, was bis jetzt erreicht sei, werde durch § 69 wieder umgestoßen. Was man jetzt thue, sei schon keine Berathung mehr, sei vielmehr Anwendung von Gewalt, und man möge sich nicht wundern, wenn einmal dieser Gewalt wieder Gewalt entgegengesetzt werde. (Oho!)

Justizminister Dr. Leonhardt: § 69 gebe dem Minister nicht das allergeringste Recht, auf die Besetzung der Gerichte einzuwirken, sondern beziehe sich nur auf die Ernennung von Hilfsrichtern.

Abg. Dr. Gneist erklärt sich gegen das Amendement Hänel. Dasselbe wird angenommen und mit ihm der Antrag Miquel und Genossen.

Der § 81 der Beschlüsse zweiter Lesung weist die durch die Presse begangenen Vergehen an die Schwurgerichte. Der Kompromiß-Antrag der Abg. Miquel u. Gen. beantragt die Streichung dieses Paragraphen und dafür die Annahme eines neuen § 5a. zum Einführungsgesetze, dahin lautend: „Unberührt bleiben die bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften über die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen." — In der sich hierüber erhebenden Diskussion erklärt zunächst der Abg. Herz, daß er nicht eine lange Rede halten wolle, das lange Reden nutze nichts, denn die Sache sei fertig. Er bedaure, daß er die Freude Lasker's über den Kompromiß nicht theilen könne. Er halte das Zustandekommen der Justizgesetze ebenfalls sehr hoch, aber er glaube, daß man hier an der Grenze der Nachgiebigkeit angekommen sei. Der Bundesrath habe schon manchen Beschluß des Reichstages für unannehmbar erklärt und denselben hintendrein doch noch angenommen. Man solle doch nicht immer die große und schwere Verantwortlichkeit für das Scheitern der Justizgesetze dem Reichstage vorhalten. Durch den Antrag Miquel werden in Bezug auf die Preßvergehen die Deutschen eingetheilt in Deutsche erster und zweiter Klasse und zur zweiten Klasse gehören die Preußen. Er habe die eminente geistige Gymnastik bewundert, mit welcher der Abg. Gneist alle liberalen Beschlüsse Preis gibt. Ohne Schwurgerichte gebe es keine wahre Preßfreiheit; in Bayern sei es dieser Institution zu danken, daß nicht in der Reaktionszeit die ganze Preßfreiheit zu Grunde gegangen ist. Der Reichskanzler hält es nicht einmal mehr der Mühe werth, hier zu erscheinen, denn der Reichstag sei ja so sanft gewesen; deßhalb stelle er auch den Antrag auf Aufrechterhaltung des § 81 nicht.

Abg. Dr. Völk will ebenfalls nur eine kurze Erklärung abgeben. Er sei wohl als Freund der Schwurgerichte bekannt und man werde glauben, daß er nicht mit gehobenem Gefühl für den Antrag Miquel stimme. Allein er habe vor der Frage gestanden, ob er die Schwurgerichte in Preßsachen in ganz Deutschland haben könne, oder nicht. Daran zweifle wohl Niemand mehr, daß die Justizgesetze nicht zu Stande kommen, wenn der Beschluß zweiter Lesung aufrecht erhalten wird. Was dann? Dann bleibe der alte Zustand und nehmen wir das Amendement an, so bleibt ebenfalls der Zustand, wie er bisher war, wir erhalten aber wenigstens die Justizgesetze. Zwar ist dann die Einheit des Rechts durchbrochen, aber ist sie nicht auch durchbrochen dadurch, daß wir den obersten bayrischen Gerichtshof angenommen, daß wir die Gemeindegerichte für Baden und Württemberg zugelassen haben? Uebrigens habe sich aus ganz Norddeutschland nicht eine Stimme für diese Bestimmung erhoben, nur eine Petition sei eingegangen und diese habe darum gebeten, daß der Reichstag den § 81 ablehnen möge, ehe er die Justizgesetze zu Grunde gehen lasse. Bei dieser Lage der Sache glaube er dem Lande einen Dienst zu leisten, wenn er für das Amendement Miquel stimme.

Nachdem Abg. Dr. Windthorst den Antrag Miquel bekämpft, erklärt der württembergische Justizminister v. Mittnacht, daß bei dieser Frage auch Württemberg betheiligt sei. Die württembergische Gesetzgebung von 1868, 69 und 71 habe diejenigen Preßvergehen an die Schwurgerichte verwiesen, welche von Amtswegen zu verfolgen sind. Es sei also bei der Annahme dieses Antrags auch das württembergische Land betheiligt.

Abg. Dr. Eberty will das deutsche Volk vor der „Verleumdung" schützen, als ob es nicht das größte Interesse an der Ueberweisung der Preßvergehen an die Geschwornen habe. Vor sieben Jahren habe das preußische Abgeordnetenhaus einen dahin gehenden Gesetzentwurf beschlossen.

Abg. Miquel weist noch einmal auf die erheblichen Vortheile hin, welche das Zustandekommen der Justizgesetze auch für Preußen mit sich führe, z. B. die Beseitigung aller Ausnahmegerichte, Beseitigung des Staats-Gerichtshofes ꝛc., worauf die Diskussion geschlossen wird.

Bei der Abstimmung wird darauf der Antrag Miquel mit 198 gegen 146 Stimmen angenommen (Fortschrittspartei, Ultramontane, Polen und Social-Demokraten dagegen). (Die Social-Demokraten verlassen nach der Abstimmung den Saal.)

Titel XI (Rechtsanwaltschaft) beantragt Abg. Miquel zu streichen. Nach einer kurzen Begründung dieses Antrags durch den Antragsteller erklärt der Justizminister Dr. Leonhardt, daß den nächsten Reichstag eine Anwaltsordnung werde vorgelegt werden und daß dabei die Grundzüge in Betracht gezogen werden würden, welche in dem Titel XI niedergelegt seien. — Nach einer längeren Auseinandersetzung des Abg. Schröder (Lippstadt) erklärt der Justizminister Dr. Leonhardt, daß die Lage der Rechtsanwälte in den alten Provinzen eine sehr glückliche und ehrenvolle sei. Politische Verfolgungssucht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

kenne man in Preußen nicht (Oho!), selbst der Abg. Schröder würde zum Amt eines Rechtsanwalts zugelassen werden, er möge nur einmal den Versuch machen.

Tit. XI wird gestrichen.

Ueber § 208: „Die Gerichtssprache ist die deutsche" erhebt sich eine längere Debatte, da wiederum Anträge der Abgg. Prinz Radziwill und v. Niegolewski auf Gleichberechtigung der polnischen Sprache vorliegen. Der Reichstag genehmigt einen Antrag Struckmann, wonach nach dem Ermessen des Richters, da wo es das Bedürfniß erheischt, ein Nebenprotokoll geführt werden kann.

Nach Erledigung des Gerichtsverfassungs-Gesetzes wird ein Antrag auf Vertagung (5¼ Uhr) abgelehnt und in die Berathung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungs-Gesetz eingetreten. — Die §§ 1—9 dieses Gesetzes werden erledigt, § 1 mit dem Amendement Miquel angenommen.

Um 5½ Uhr wird die Fortsetzung der Berathung auf morgen 11 Uhr vertagt.

± **Metz**, 19. Dez. Gestern Nachmittag fand in dem großen Saale des hiesigen Rathhauses die erste Wahlversammlung statt, welche aus einheimischen Wählern sämmtlicher vier Wahlkreise unseres Bezirkes besucht war. Der Zweck der Versammlung war nach den Erklärungen des vor einigen Tagen hier zusammengetretenen Wahlkomité's der, über die gemeinsame Haltung Lothringens bei den bevorstehenden Reichstags-Wahlen zu berathen. Deßhalb wurde auch von Aufstellung einzelner Kandidaturen abgesehen und eine Resolution des Herrn Schneider, Vorsitzender des landwirthschaftlichen Vereins zu Diedenhofen, angenommen, des Inhalts, daß die zu wählenden Abgeordneten zwar den vor drei Jahren erhobenen Protest nicht aufheben sollten, daß aber eine thätige Theilnahme derselben an den Reichstags-Wahlen im Interesse Elsaß-Lothringens dringend zu wünschen sei. Bis jetzt sind erst in zwei Kreisen Kandidaten aufgestellt; in Metz Bürgermeister Besançon, in Saargemünd Bürgermeister Jaunez, Letzterer der gemäßigten Partei angehörig.

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 19. Dez. Der türkische Botschafter Aleko Pascha ist nach Pesth abgegangen, wo Graf Andrassy bis zum Christfest bleibt. Er hat sich dem Vernehmen nach über die Anschauungen des diesseitigen Kabinets speziell in der Richtung zu orientiren, ob dasselbe irgend einer gegen den Einspruch der Pforte zu vollziehenden Okkupation Vorschub zu leisten gedenke, und dabei nochmals dem festen Entschluß des Sultans Ausdruck zu geben, einer solchen Okkupation, wo und von wem immer sie vollzogen werden würde, sich mit den Waffen in der Hand zu widersetzen.

Frankreich.

♂ **Paris**, 19. Dez. Das „Journal officiel" veröffentlicht den Bericht, welchen der Civilgouverneur von Algerien, General Chanzy, bei Beginn der Session des Ober-Regierungsraths (14. November 1876) über die Lage der Kolonie erstattet hat.

Die republikanischen Blätter reden dem Senat ins Gewissen, daß er es nicht noch am Vorabend des Jahreswechsels auf eine Budgetkrisis ankommen lassen möge.

Der Senat, sagt die „Republique française", hat es in seiner Hand, sich in unserer republikanischen Demokratie die Stellung und die Rolle zu bereiten, welche eine konstituirte Körperschaft von dieser Bedeutung wünschen kann. Jedermann weiß und im Senat weiß man besser als irgendwo sonst, daß die Einrichtung einer zweiten Kammer nicht ohne einigen Widerstand zugelassen wurde. Diese Institution hat, wie alle andern, ein Recht auf unsere Ehrfurcht. Nachdem wir sie angenommen und alles, was in unsern Kräften stand, aufgeboten haben, um ihr im Lande eine freundliche Aufnahme zu bereiten, dürfen wir auch offen gestehen, daß wir sie zwar der Ehrfurcht, aber nicht auch der Sympathie und dem Vertrauen des Publikums empfehlen können. Der Senat selbst muß wissen, was er zu thun hat, um die Aufmerksamkeit und die Zuneigung des Landes zu gewinnen. Nur so viel können wir ihm sagen, daß er dies am besten erreichen wird, wenn er wirksam und mit dem Abgeordnetenhause Hand in Hand an dem öffentlichen Wohle arbeitet, statt sich gegen das letztere einem Geiste der Feindseligkeit hinzugeben, welcher ihm selbst wenig Ehre machen wird, Frankreich aber viel Schaden zufügen kann.

Wenn man dem „Bien public" glauben dürfte, so hätte der Kriegsminister General Berthaut im heutigen Ministerrath erklärt, daß ihm für seinen Theil an der Wiederherstellung des vom Abgeordnetenhause gestrichenen Kredits für die Feldgeistlichen nichts gelegen sei, worauf sich alle übrigen Minister in demselben Sinne ausgesprochen hätten.

Das Organ des Bischof Dupanloup, die „Défense sociale", ist nach Art ihres streitsüchtigen und rechthaberischen Gönners mit Dementis rasch bei der Hand; leider ist sie selbst das schlechtest informirte von allen größeren Pariser Blättern. Heute bestreitet die „Défense" in einem Athem, daß der Marschall Mac Mahon ein eigenhändiges Schreiben an den Deutschen Kronprinzen gerichtet hätte, um ihn für das Ausstellungsunternehmen zu interessiren, und daß Fürst Hohenlohe gestern eine Unterredung mit dem Herzog Decazes gehabt hätte. Das letztere, fügt sie hinzu, sei um so unwahrer, als der deutsche Botschafter Paris schon vor drei Tagen verlassen hätte. Nun ist Fürst Hohenlohe erst gestern Abend nach München abgereist; er hatte in der That dem Minister des Aeußeren im Laufe des Tages einen Abschiedsbesuch gemacht; was vollends den Brief des Marschalls an den Kronprinzen betrifft, so wäre die von der deutschen Presse schon vor mehr als acht Tagen behauptete Existenz desselben längst von berufenerer Seite bestritten worden, wenn sie sich eben hätte bestreiten lassen.

Der Viceadmiral Le Barbier de Tinan, Großkreuz der Ehrenlegion, ist im Alter von 73 Jahren gestorben. Er hatte im Krimmkriege den Oberbefehl über die Schiffsstation der Levante geführt.

C.L. **Paris**, 19. Dez. (Börsennachricht.) Die Börse hat sich heute endlich aus der Lethargie aufgerafft, welche sie seit Beginn des Monats gefangen hielt. Den Anstoß zu einer kräftigen Haussebewegung gab einmal das mit großer Bestimmtheit auftretende Gerücht, daß der orientalische Waffenstillstand um zwei Monate verlängert werden soll, und zweitens die offizielle Meldung, daß der reformfeindliche Mehemet-Ruschdi-Pascha im Großwessiriat durch den liberaleren und bei den Mächten beliebteren Midhat-Pascha ersetzt sei. Im Vordergrunde standen, wie immer bei einer größeren Evolution, Italiener, die um 1 Fr. 40 auf 72 stiegen, und 3proz. Rente, welche sich um nahezu 1 Fr. auf 71.10 hob. 5proz. Rente folgte etwas bedächtiger bis 105.22; alle drei Werthe schließen beinahe zu den höchsten Kursen des Tages. Türken 11.52, Egypter 255, Peruvianer 18½, span. Exterieure 14¼, Banque ottomane 368, Suezaktien 675. Die Suezgesellschaft ist auf den 10. Januar zu einer außerordentlichen Generalversammlung einberufen, um nicht nur den mit England geschlossenen Vertrag zu genehmigen, sondern auch den neuen Kanaltarif zu regeln. Die Anwendung des Minimaltarifs von 10 Fr. pro Tonne soll bis zum 1. Jan. 1881 verschoben bleiben, wenn anders nämlich bis dahin der Trafik wirklich 2,600,000 Tonnen überstiegen hätte; andernfalls würde man den heutigen Tarif von 13 Fr. stufenweise von 50 zu 50 Cent. binnen acht Jahren auf 10 Fr. herabsetzen; man glaubt, daß er schon Anfangs des nächsten Jahres auf 12 Fr. 50 werde fixirt werden können. Banque de Paris 1032, Foncier 650, Mobilier 155, Franco Hollandaise 315, spanischer Mobilier 572, österreich. Bodenkredit 473, ditto Staatsbahn fest, 523, Lombarden kaum verändert, 157.

Badische Chronik.

§* Pforzheim, 19. Dez. Am letzten Sonntag fand auf Einladung der hiesigen Führer der nationalliberalen Partei eine Versammlung der Delegirten aus den Ortschaften des diesseitigen Bezirks betreffs der bevorstehenden Reichstags-Wahl statt. Nach vorausgegangener Begrüßung durch den Landtags-Abgeordneten Hrn. E. Bichler hielt Hr. Ferd. Zerrenner eine Ansprache an die Versammelten, worin derselbe die Kandidatur des früheren Staatsministers Dr. Jolly empfahl. Die Versammlung sprach sich einstimmig für den vorgeschlagenen Kandidaten aus. — Im Laufe der Woche werden noch Einzelversammlungen der Partei in den verschiedenen Wahlbezirken der Stadt abgehalten werden.

ψ Heidelberg, 19. Dez. Das zur Feier von Beethoven's Geburtstag von dem hiesigen Instrumentalverein gestern Abend veranstaltete dritte Abonnements-Konzert bildete einen der Lichtpunkte unserer heurigen Saison. Musik zu Goethe's „Egmont", Ouverture zu „Coriolan", Arie »ah perfido«, A-dur-Quartett Nr. 5 (opus 18), Chor aus den „Ruinen von Athen" glänzten in dem künstlerisch gewählten Programm. Der hier schon mehrfach gefeierte Gast, Frau Kretschy, bewährte sich auch diesmal wieder als Künstlerin von ebenso warmer Empfindung als vollendeter Gesangstechnik; ebenbürtig war der von Hrn. O. Devrient gesprochene Vortrag des verbindenden Textes zu „Egmont"; nicht minder gediegen und sicher als die Einzelleistungen wurden die dem Orchester und dem Chor zufallenden Aufgaben gelöst. — Zugleich mit dem Fest der Muse fand die Feier von „Waffen und Sieg" statt, indem der Militärverein gestern Abend zur Erinnerung an das Gefecht von Nuits ein Festbankett mit Musik veranstaltete. — Wie bekannt, organisirt die kaiserl. Regierung von Japan z. Z. ihre höheren Lehranstalten nach deutschem Muster; nach dem „Heid. Journ." hat nun auch eine jüngere Kraft der hiesigen philosophischen Fakultät, Dr. Tiegel, einen Ruf als Professor der Physiologie nach Jeddo erhalten.

♯ Mannheim, 19. Dez. Dem musikalischen Leben unserer Stadt droht ein schwerer Verlust. Schon seit geraumer Zeit hat sich ein kleiner Theil des Publikums, dessen aktive Elemente der Gallerie angehören, zur Aufgabe gemacht, den Kapellmeister Hrn. Frank bei jedesmaligem Auftreten durch Zeichen der Ungunst und des Mißfallens zu verfolgen und leider wurde von Seiten des besseren Publikums unterlassen, aus eigener Initiative diesem Unfug zu steuern. Dazu gesellte sich vor etwa vierzehn Tagen das Erscheinen einer anonymen Schmähschrift, welche unter dem heuchlerischen Vorwande, die Eintracht an der hiesigen Kunstanstalt zu fördern, einen großen Theil unserer Künstlerwelt auf die nichtswürdigste Weise behandelte, vor allem aber in bedenkenloser Verleumdung des Hrn. Frank das Unmögliche leistete. Um endlich das Glas zum Ueberströmen zu bringen, wiederholte sich letzten Sonntag ein Auftritt der angedeuteten Art und hat nunmehr Hr. Frank, des vielen Verdrusses sichtlich müde, das Theaterkomité um seine Entlassung gebeten. Hoffentlich gelingt es, den wackeren Künstler unserem Theater zu erhalten, zumal wenn ihm Seitens des kunstliebenden Publikums der Nachweis geliefert wird, daß er viele Freunde und Verehrer besitzt, welche gesonnen sind, ihn gegen die unverdienten Unbilden nachhaltig zu schützen.

Nachschrift.

† **Berlin**, 20. Dez. Die „Provinzialkorrespondenz" sagt: Der Reichstags-Schluß kann erst am Freitag in Aussicht genommen werden. Da die Regierungen und viele Seiten des Reichstages großen Werth darauf legen, daß das Ausgleichsabgaben-Gesetz jedenfalls noch berathen werde. Das Blatt bestätigt, der Kaiser beabsichtige, den feierlichen Reichstags-Schluß persönlich zu vollziehen.

† **Versailles**, 19. Dez. In der heutigen Sitzung des Senats hob der Vorsitzende der Budgetkommission Pouyer-Quertier hervor, daß das Budgetrecht des Senats durch die republikanische Majorität der Kammer in Frage gestellt werde. Die Kommission schlage die Wiederherstellung der von der Regierung beantragten und von der Kammer redigirten oder gestrichenen Kredite vor. Das Budget des Ministeriums des Aeußern wurde angenommen.

† **Pesth**, 19. Dez. Das Oberhaus nahm die Regierungsvorlage betreffs der ungarischen Ostbahn an. Der Ministerpräsident v. Tisza sprach vorher noch sein Bedauern über den Beschluß des Unterhauses, die Unternehmer der Bahn strafgerichtlich zu verfolgen, aus.

† Semlin, 20. Dez. Das Wiener „Korrespondenzbureau" meldet: Bei Semlin wurden auf dem Monitor „Maros" durch das Platzen einer Granate beim Laden im Thurme der Linienschiffs-Fähnrich Pfusterschmid und vier Matrosen schwer, sieben Mann leicht verwundet. Die Verwundeten werden hier ärztlich verpflegt.

† **Belgrad**, 20. Dez. Das Wiener „Telegraphen-Korrespondenzbureau" meldet: In Folge eines gestern stattgefundenen Vorfalls zwischen der Schildwache der Festung und dem österreichisch-ungarischen Monitor gab das serbische Ministerium seine Entlassung.

† **Konstantinopel**, 19. Dez. Die „Agence Havas" meldet: Ruschdi Pascha ist abgesetzt und an seiner Stelle Midhat Pascha zum Großvezier ernannt.

† **Konstantinopel**, 20. Dez. Savfet Pascha benachrichtigte die Vertreter des Auslandes bei der Pforte, der Rücktritt Ruschdi Pascha's sei aus Gesundheitsrücksichten erfolgt.

† **Konstantinopel**, 20. Dez. Auf der hohen Pforte wurde heute ein kaiserlicher Hat verlesen, durch welchen die Ernennung Midhat Pascha's zum Großvezier motivirt und der Wunsch des Sultans nach einer guten Verwaltung der Staatsangelegenheiten und nach einer befriedigenden Lösung der schwebenden Fragen durch Bethätigung der Rechte und der legitimen Interessen des Reiches vor den Augen der ganzen Welt, sowie endlich nach einer Verbesserung der finanziellen Lage des Reichs ausgedrückt wird.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 20. Dez., die übrigen vom 19. Dez.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	103⅝	Oesterr. 5% Papierrente Zins 4½%	48⅜
Baden 5% Obligationen	103¾	Luxem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	94
„ 4½% „	101	burg 4% „ i. Thl. à 105 fr.	94
„ 4% „ fl.	94¾	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	—
„ 4% „ M.	96	„ 5% do. von 1871	81½
„ 3½% Oblig. v. 1842	93¼	Schweden 4½% do. i. Thlr.	—
Bayern 4½% Obligationen	100¼	Schweiz 4½% Bern Stisobl.	—
„ 4% „ fl.	93⅛	V.-Amerika 6% Bonds 1885r von 1865	100⅞
„ 4% „ M.	93⅜	„ 5% dto. 1905r (10/40r v. 1864)	101¾
Württemberg 5% Obligat.	103⅛	3% Spanische	18¼
„ 4½% „	100⅜	Bolle französ. Rente	106
„ 4% „	—		
Nassau 4% Obligationen	95		
Gr. Hessen 4% Obligation.	94¾		
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	53⅛		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	150	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	—
Badische Bank	101½	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Stb.	73
Deutsche Vereinsbank	59¾	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	72¾
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	72⅝
Darmstädter Bank	99	5% dto. steuerfr. neue „	62¼
Oesterr. Nationalbank	667	5% do. (Neumarkt-Ried)	63½
Württemberg. Vereinsbank	—	5% Donau-Drau	—
Oesterr. Kredit-Aktien	106½	5% Frz.-Jos.-Prior.	73¾
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	59
Rheinische Kreditbank	85	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	56
Basler Bankverein	—	5% östr. Ardwestb.-P. i. S.	71
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	—
Berliner Bankverein	—	Vorarlberger	53½
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	45¾
Deutsche Effektenbank	102⅜	5% Ungar. Nordostb. Prior.	47⅛
Oesterr.-deutsche Bank	—	5% Ungar. Galiz.	50
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	—
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	114½	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	73⅞
4% Hessische Ludwigsbahn	95¼	3% östr Süd-Lomb.-Pr.	46¼
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	—	5% österr. Staatsb.-Pr.	92⅝
5% österr. Frz. Staatsbahn	206⅜	3% österr. Staatsb.-Pr.	61¾
5% „ Süd-Lombarden	61½	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D.	40¼
5% „ Nordwestb.-P.	92½	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe	101½
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	—	4½% „	96¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	—	6% Pacific Central	97¾
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	132½	6% South Missouri	61½
5% Franz Josef-Eisenbahn	96¾		
Galizier	—		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

3½% Preuß. Präm. 100 Thl.	—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	89¾
Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	106½	„ 5% 500 fl.- „ v. 1860	92⅞
Bayr. 4% Prämien-Anl.	121	„ 100-fl.-Loose v. 1864	241.—
Badische 4% dto.	117⅜	Ungar. Staatsloose 100 fl.	128.60
„ 35-fl.-Loose	—.—	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	64¼
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.80	Schwedische 10-Thlr.-Loose	44.—
Großh. Hessische 25-fl.-Loose	154	Finnländer 10-Thlr.-Loose	37.40
Ansbach-Gunzenhaus. Loose	24.—	Meininger 7-fl.-Loose	18.60
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	110½

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	204.20	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 3%	81.20	Ducaten . . . „	9.60–65
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	161	20-Francs-St. . „	16.22–26
Disconto . . l. S. 4½ %		Engl. Sovereigns „	20.33–38
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Russische Imperial „	16.70–75
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollars in Gold „	4.16–19
		Dollarcoupon „	—

Tendenz: matt.

Berliner Börse. 20. Dez. Kreditaktien 218.—, Staatsbahn 416.—, Lombarden 125.50, Disc. Commandit 106.70, Reichsbank 150.—. Tendenz: ruhig.

Wiener Börse. 20. Dez. Kreditaktien 135.30, Lombarden 78.50, Staatsbahn —.—, Anglobank 68.50, Unionbank —.—, Napoleonsd'or 10.02. Tendenz: ruhig.

New-York, 20. Dez. Gold (Schlußkurs) 107½.

☞ Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Donnerstag, 21. Dez. 4. Quartal. 141. Abonnementsvorstellung. II. Abtheilung. Der Freischütz, romantische Oper in 3 Akten, von C. M. v. Weber. Anfang ½7 Uhr.

Freitag, 22. Dez. 4. Quartal. 142. Abonnementsvorstellung. III. Abtheilung. Neu einstudirt: König Heinrich der Vierte, historisches Schauspiel in 5 Akten, von Shakespeare. Nach Schlegel's Uebersetzung in Zusammenziehung beider Theile für die Bühne eingerichtet von Eduard Devrient. Anfang 6 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todesanzeige.

J.635. Mannheim. Statt besonderer Anzeige machen wir Freunden und Bekannten hiedurch die Mittheilung, daß unsere gute Mutter, Schwester und Schwiegermutter

Henriette Baumann,
geb. Wagner,

heute Vormittag in Worms durch einen sanften Tod von längerem Leiden erlöst worden ist.

Mannheim, 19. Dezember 1876.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Baumann,
Professor.

J.543.3. In der Unterzeichneten sowie in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Rings
um die
Jungfrau.
Touristenblätter
aus dem
Berner Oberland u. Oberwallis
von
Emil Zittel.

Preis 3 M., eleg. gebunden in Goldschnitt 4 M.

G. Braun'sche Hofbuchhandlg.
in **Karlsruhe.**

Verlag von J. Bensheimer, Mannheim und Strassburg.

J.623. **Sofort** nach Schluss-Abstimmung des deutschen Reichstages werden ausgegeben:

Die Justiz-Gesetze
des
deutschen Reiches.

Gebundene Text-Ausgabe in Octav. Ca. 30 Bogen Umfang.

A. Gesammt-Ausgabe.

1) **Die Civilprocess-Ordnung** mit **Sachregister** in einem Bande geb. Preis M. 3.
2) **Die Gerichts-Verfassung** mit **Sachregister** in einem Bande geb. Preis M. 3.
3) **Die Konkurs-Ordnung** mit **Sachregister** in einem Bande geb. Preis M. 3.
4) **Die Strafprocess-Ordnung** mit **Sachregister** in einem Bande geb. Preis M. 3.

B. Einzel-Ausgabe.

I. **Die Civilprocess-Ordnung** mit **Sachregister** geb. Preis M. 1. 50.
II. **Die Gerichts-Verfassung** mit **Sachregister** geb. Preis M. 0. 60.
III. **Die Konkurs-Ordnung** mit **Sachregister** geb. Preis M. 0. 60.
IV. **Die Strafprocess-Ordnung** mit **Sachregister** geb. Preis M. 1. 20.

Preis pro Druckbogen incl. Einband nur 10—15 Pfennige.

Gefällige Bestellungen werden umgehend erbeten und zu obigen Preisen franco per Post geliefert.

!! Festgeschenke !!

Für die Festzeit empfehlen wir als in allen Buchhandlungen vorräthig:

A. v. Khuon-Wildegg. Antheil der Großh. Badischen Festungs-Artillerie im Jahre 1870/71 Mk 1. 50. gegen Einsendung von Mk. 1. 60 franco unter Kreuzband.

v. Trapp-Ehrenschild, Major Das 1. Großh. Badische Leibgrenadier-Regiment im Feldzuge 1870/71 Mk. 2. franco unter Kreuzband gegen Einsendung von Mk. 2. 20.

Heinrich Schmidt, Rittmeister und Escadronchef. Das Großh. Badische 2. Dragonerregiment, Markgraf Maximilian, im Feldzuge 1870/71 Mk. 2. franco unter Kreuzband gegen Einsendung von Mk. 2. 20. J.549 2.

Karlsruhe.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Für Weihnachten empfohlen:

Ludwig Eichrodt, Melodien. 8°. Geb. in weiß Glacéband 3 M. 60 Pf. Geb. in roth Lwd. m. Goldschnitt 4 M. 80 Pf. Verlag von Adolf Bonz u. Comp. in Stuttgart.

Der Dichter des berühmten Reiseliedes „Nach Californien, nach Californien etc.", der Biedermaierlieder u. A. bietet hier eine Sammlung ernster Gedichte voll tiefen Gemüths und voll Frische und Klarheit. Zur musikalischen Composition in seltener Weise geeignet.

Vorräthig in den Hofbuchhandlungen von **G. Braun** und **A. Bielefeld** in **Karlsruhe.** J.624

Billigste Preise!

Zu Weihnachts-Geschenken

empfehlen wir unsere feinst ausgeführten

Oeldruck-Bilder

Reiches Lager von über 200 der besten Bilder in den verschiedensten Größen und Preisen.

Aechte Gold-Barock-Rahmen zu den billigsten Ansätzen.

J.550. 3.

G. Braun'sche Hofbuchhandlung
in **Karlsruhe.**

Billigste Preise! *Billigste Preise!* *Billigste Preise!*

J.545. 2. Für die **Weihnachtszeit** empfehlen wir als in allen Buchhandlungen vorräthig:

Entstehung der Bibel
von
Emil Zittel.

Dritte, neubearbeitete Auflage.

Preis 1 M. 50 Pf., eleg. geb. 2 M. 10 Pf.

„Viele Zeitgenossen — sagt der Verfasser — werden sich jetzt mit neuem Interesse dem Bibelbuche zu, das nun einmal in der Weltgeschichte eine ganz unvergleichliche Bedeutung erlangt hat, und möchten wohl erfahren, wann und wo und zu welchen Zwecken dasselbe entstanden ist, und welches dabei die eigenen und ursprünglichen Gedanken und Meinungen seiner Verfasser gewesen sind. Diese Blätter wollen es versuchen, dem denkenden und lernbegierigen Leser eine ehrliche und deutliche Antwort auf diese Fragen zu geben, indem sie ihm nicht die absonderlichen Einfälle eines Einzelnen, sondern die einfachen Umrisse der gemeinsam gewonnenen Ergebnisse der unparteiischen Wissenschaft unserer Zeit in möglichster Gemeinverständlichkeit der Sprache und Darstellung vorlegen."

„Von den Ergebnissen der freien Forschung — sagt eine Berliner Wochenschrift — gibt dieses Buch in schlichter Darstellung Mittheilung, ohne jede gelehrte Last, dem einfachen Leser, ja ohne Phrase dem Volke; ein Muster einer gesunden und freundlichen Popularität, wie sie noch immer vorzugsweise in dem deutschen Süden gedeiht. Mit lebendiger Religiosität verbindet der Verfasser frischen Sinn für historisches Menschenthum jeder Zeit und Art und bei seiner liebevollen Hingabe an die Poesie als solche sind auch die meisten nachdichtenden Uebertragungen aus Propheten und Psalmen wohl gelungen."

Karlsruhe. **G. Braun**'sche Hofbuchhandlung.

Zu Weihnachtsgeschenken

J.402 5. empfiehlt

ihr reichhaltiges Lager

die **Musikalienhandlung** von **L. Fr. Schuster,**
Friedrichsplatz 12, Karlsruhe.

J.631. Verlag von **J. Veith** in **Carlsruhe** zu **Weihnachtsgeschenken** geeignet und durch jede Buchhandlung zu beziehen:

Holzmosaik, zum Verzieren feiner Holzgeräthe.
1. Heft von **Malwina Schrödter,**
2. Heft von **Oscar Schurth,**
je 6 Blatt in Farbendruck, à M. 6. — per Heft.

Neue Sepiaschule in fortschreitenden landschaftlichen Studien von **A. Doll** in **München,** 4 Hefte à M. 4. —

Neue Aquarellschule, 5 Hefte à M. 5. — von **A. Doll.**

Anleitung zum Blumenmalen. 1. Heft (3. Ausgabe) von **Pauline Schwab,** M. 4. 50.

Gemalte Blumenstudien, 9 Hefte à M. 5. — je 4 Blatt in Farbendruck enthaltend (als Vorlagen zur Holzmalerei).

Album von Radierungen von **M. v. Schwindt.**
42 Rauch- und Trinkepigramme mit Versen.
2. Auflage, eleg. in Leinw. geb. M. 15. —

Schweizer Grenzpost

J.636. und Tagblatt der Stadt Basel.

Redakteur: Dr. Abraham Roth.

Diese wöchentlich 6 Mal in größtem Folio-Format erscheinende Zeitung ist in freisinniger Tendenz geschrieben und mit einem guten belletristischen **Feuilleton** versehen. Ebenso bringt dieselbe die täglichen Coursberichte der **Basler Börse,** die telegraphisch gemeldeten Schlußkurse von **London, New-York, Paris, Berlin, Frankfurt, Wien, Genf, Zürich, Seiden-** und **Baumwollenberichte,** sowie **Frucht-** und **Marktpreise.**

Durch tüchtige **Privatkorrespondenten im In- und Auslande,** sowie durch zuverlässige **Berichte** aus der **Bundesstadt** und zahlreiche **Telegramme,** sind wir im Stande, unsere Leser stets mit dem Neusten bekannt zu machen.

Der **Abonnementspreis** beträgt: **franco** durch die ganze Schweiz für **3 Monate** Fr. 4. —, für **6 Monate** Fr. 8. — Für das Großh. **Baden, Elsaß und Lothringen,** sowie für das übrige **Reichspostgebiet** kostet die Zeitung pro Quartal Mark 4. —, bei den betreffenden Postämtern bestellt. Für das übrige Ausland kommt der betreffende Postzuschlag hinzu.

Die „**Grenzpost**" hat unter **allen hiesigen Blättern** die

grösste Verbreitung

und ist daher zu **Inseraten** ganz besonders geeignet. — Insertionspreis pro Petitzeile oder deren Raum 20 Cts. **Briefe und Gelder franco.**

Neu eintretende Abonnenten erhalten unser Blatt vom Tage der Bestellung an bis Ende dieses Monats gratis.

Zu gefälligen Abonnements ladet ergebenst ein

Die Expedition der „**Schweizer Grenzpost**" in **Basel.**

So eben erschien und ist in **Karlsruhe** vorräthig in der Buchhandlung von Th. Ulrici Langestraße 157 dem Museum gegenüber.

J 626. **Goethe.**

Vorlesungen
gehalten an der Kgl. Universität zu Berlin
von
Herman Grimm.
2 Bde. Preis 11 M.

Verlag von W. Hertz
(Besser'sche Buchhandlung).
Berlin N. W. 10. Marienstraße.

Heliographe!

Apparat z. Selbstanfertig. von Photographien,

liefert ganz **vorzügliche Bilder** bis zur Grösse von Cabinet-Photographien! Ein **Jeder,** selbst **ältere Kinder,** können damit **ohne** jede **Vorkenntniss** operiren und liefert der Apparat so **klare und schöne** Photographien, wie man solche vom Photographen erhält, wesshalb speciell als Geschenk zu empfehlen! Preis **incl.** Photographischem Papier, Fixirsalz, Gebrauchsanweisung etc. **nur 10 Mark.** Versandt **nur** gegen Nachnahme oder Einsendung des Betrages. J.562. 6.

Cl. Kauffmann,
Berlin C., Annenstrasse No. 11.

Ludwig Oehl
CARLSRUHE

empfiehlt

Feinste schwarze und farbige Glacé-Handschuhe von Ziegenleder. J 551 6

J.640. 1. Karlsruhe.

Tüchtige, fleißige Arbeiter,

als: **Möbelschreiner** für Kasten und geschweifte Arbeiten,
Bildhauer, Dreher, Tapeziere für feine Arbeiten, können sogleich eintreten.

C. Haßlinger,
Hoftapezier.

J.642. 1. Mainz.

Ein Reisender,

israel. Konfession,

wird für eine Weinhandlung gegen hohen Gehalt zu baldigem Eintritte gesucht. Offerten unter Chiffre W. L. 512 postlagernd Mainz.

J.632. Ein **Schriftsetzer** findet sofort Stellung bei **Jak. Mech** in **Neuenbürg** bei Pforzheim.

J.596. 2. München. Gut eingeführte **Reisende** oder **Agenten** von Bauartikeln mit soliden Referenzen, welche mit Baubehörden, Architekten, Baumeistern 2c arbeiten, wollen ihre Adresse gefl. unter F. S. S. postlagernd München einsenden.

Kapital-Gesuch.

J.621. 1. **Als erste Hypothek werden fl. 35,000 gegen doppelte Unterpfand auf ein in Karlsruhe günstig gelegenes Anwesen aufzunehmen gesucht. Zinsen-Vergütung bei vierteljährlicher Zahlung 6% pro anno.**

Adressen beliebe man unter Chiffre H in der Expedition dieses Blattes niederzulegen.

J.637. Steinmauern.

Stammholz Versteigerung

Die hiesige Gemeinde versteigert am
Montag den 8. und Dienstag den 9. Januar k. J.,
jeweils Vormittags 9 Uhr anfangend, in ihrem Hiebschlage:

28 Stück Holländer- und Baueichen,
50 „ Wagnereichen,
412 „ Erlen bis 36 Ctm. mittleren Durchmesser,
35 „ Eschen bis 36 Ctm. mittleren Durchmesser,
12 „ Kirschbäume bis 36 Ctm. mittleren Durchmesser,
6 „ Ruschen bis 36 Ctm. mittleren Durchmesser,
1 Birnbaum.

Die Holländer- und Baueichen kommen an ersterem Tage zur Versteigerung.

Steinmauern, den 19. Dezember 1876.
Bürgermeister
Baumann.
vdt Fettig, Rathschreiber.

Verm. Bekanntmachungen.

J.645. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1877 wird der Tarif für den Ost-Westdeutschen Güterverkehr vom 1. Mai 1872 nebst sämmtlichen dazu erschienenen Nachträgen aufgehoben und haben vom obigen Zeitpunkte ab nur noch die Tarifsätze und Bestimmungen des Ost-Mitteldeutschen Gütertarifs vom 15. Juni 1874 Anwendung zu finden.

Der diese Bestimmungen enthaltende XVIII Nachtrag zum Ost-Mitteldeutschen Gütertarif, in welchem ferner die für den vorwürfigen Verkehr maßgebenden Instradirungsvorschriften, sowie Aenderungen der Waarenklassifikation vorgesehen sind, ist bei der Güterexpedition Mannheim erhältlich.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1876.
General-Direktion.

J.644. Karlsruhe.

Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Im direkten Güterverkehr mit Stationen der Rheinischen Bahn wird künftig der Artikel „Baumwollengarn und Twist-Abfälle" bei Aufgabe von mindestens 5000 Kilogramm in einem Wagen oder bei Zahlung der Fracht für dieses Gewicht und bei Beförderung in offenen Wagen nach den Frachtsätzen der Klasse C des Rheinisch-Badischen Tarifs vom 1. Januar 1876 tarifirt.

Karlsruhe, den 18 Dezember 1876.
General-Direktion.

J.646. Karlsruhe.

Großh Bad. Staats-Eisenbahnen.

Seit dem 1. d. Mts ist für die Beförderung von Vieh in Wagenladungen ab Mühlacker nach Paris und Avricourt ein Spezialtarif in Kraft getreten. Näheres kann bei den Stationen Mühlacker, Karlsruhe u. Kehl erfragt werden.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1876.
General-Direktion.

J.641. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Ein sehr werthvoller brauner Jagdhund, Männchen, mit halblangen Haaren, ohne Abzeichen, wurde dahier als herrenlos aufgefangen.

Derselbe wolle von dem Eigenthümer innerhalb acht Tagen abgeholt werden, andernfalls der Hund verwerthet oder getödtet wird.

Karlsruhe, den 19. Dezember 1876.
Großh. bad. Bezirksamt.
A. A.
Reichard,
Polizei-Inspektor.

J.639. Durlach.

Steigerungs-Ankündigung.

I. In Folge richterlicher Verfügung werden den Anton Unger Eheleuten von Wöschbach am
Donnerstag den 28. Dezbr. d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,
im Rathhause daselbst nachbeschriebene Liegenschaften öffentlich zu Eigenthum versteigert und der Zuschlag ertheilt, wenn der Anschlag oder mehr geboten wird:

Gemarkung Wöschbach.

105 Ruthen Acker auf'm Eselstein in zwei Parzellen, tax. {120 M. / 105 „
35 Ruthen Acker in der obern Wachen, tax. . . . . 170 „
100 Ruthen Acker hinter den Büschen, tax. . . . . 345 „

Gemarkung Berghausen.

Ein Wohnhaus mit Stallung, Hofraithe, 39 Ruth. 76 Fuß messend, tax. . . . . 1550 „
7 Ruthen 69 Fuß Acker im Eigen, tax. . . . . 25 „

II. Nachricht hievon den diesseits unbekannten Gläubigern der Vollstreckungsmasse des Maurers Michael Rupp von Wöschbach, unter Hinweis auf § 951 d. P.O.

Durlach, den 25. November 1876.
Der Großh. Notar
A. Schmitt.

J.607. 2. Nr. 4685. Bruchsal.

Heizerstelle.

In unserer Dampfheizung soll als Gehilfe des Maschinisten in der Bedienung der Dampfkessel ein Heizer eingestellt werden, der schon bei ähnlichen Einrichtungen gearbeitet hat.

Der Gehalt beträgt 3 Mark pro Tag oder 1100 Mark jährlich.

Bewerber, die gute Zeugnisse vorlegen können, wollen sich alsbald melden bei

Großh. Verwaltung der Weiberstrafanstalt.

Bruchsal, den 15. Dezember 1876.

J.600. 1. Schwetzingen.

Gehilfen Gesuch.

Ein tüchtiger Gehilfe 1ter und ein Gehilfe 2ter Klasse finden Anstellung. Gehalt 1200 bezw. 1032 M. und Ersatz auswärtiger Auslagen.

Dienstantritt nach 3 Monaten.

Schwetzingen, den 17. Dezember 1876.
Steuerkommissär
Stöckle.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.